

Ging Gefühl für Gerechtigkeit verloren?

Deutsche Gewerkschaftsbund ruft am 8. März zu Protesten gegen die Rente mit 67 Jahren auf

Von Harald Berlinghof

Mannheim. Auch wenn es sich beim 8. März eigentlich um den Internationalen Frauentag handelt, dürfen und sollen bei der geplanten Demonstration in Mannheim auch Männer teilnehmen. Der Demonstrationzug vom Mannheimer Gewerkschaftshaus zum Paradeplatz soll nämlich der Höhepunkt der gewerkschaftlichen Aktionen gegen die Rente mit 67 sein. Und die Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre betrifft schließlich beide Geschlechter.

Seit einiger Zeit läuft die Aktion „Rente mit 67 – Nein Danke“ und die regionalen Gewerkschaftsvertreter konnten in den Betrieben eine extrem hohe Zustimmungquote zu den Protestaktionen gegen die Erhöhung der Lebensarbeitszeit feststellen. 35 000 bis 40 000 Beteiligte an den Befragungen, Diskussionen und Ausständen sind kein Pappenstiel.

„Die Rücklaufquote der Befragungen war sehr gut“, so DGB-Regionsvorsitzender Stefan Rebmann. „Die Ablehnung der Rente mit 67 liegt je nach lokaler Zusammensetzung der Befragten zwischen 95 und 98 Prozent“, ergänzt Peter Erni, Geschäftsführer von ver.di Rhein-Neckar. Der öffentliche Druck auf die Entscheidungsträger in Berlin soll erhöht werden. Öffentliche Diskussionsrunden mit Abgeordneten der Region sollen zumindest deutlich machen, wer welche Position zu dieser Fragestellung einnimmt.

Gestern stellte sich Heidelbergs SPD-Vertreter im Bundestag Lothar Binding den Fragern, am heutigen Samstag wird Mannheims SPD-Vertreter Lothar Mark ab 11 Uhr auf dem Paradeplatz den Passanten Rede und Antwort stehen. Bedauert wurde von Seiten der Gewerkschaft, dass keine Vertreter der CDU, der FDP und der Grünen Zeit gefunden haben, sich an den öffentlichen Anhörungen zu

beteiligen. Natürlich werden die Gewerkschaften bei ihrem Auftreten gegen die Rente mit 67 nach Finanzierungs-Alternativen gefragt. Peter Erni möchte dazu all diejenigen, die ein regelmäßiges Einkommen beziehen, in die gesetzliche Rentenversicherung hineinnehmen.

Auch die 20-Prozent-Marke beim Rentenbeitragssatz ist für ihn keine heilige Kuh, selbst wenn das Nachhaltigkeitsgesetz ein Überschreiten dieser Grenze untersagt. Ihn und Stefan Rebmann treibt vielmehr die Tatsache um, dass die Rente mit 67 eine effektive Rentenkürzung darstellt. „Wer 34 Beitragsjahre lang ein durchschnittliches Einkommen erzielt, erhält gerade noch die Grundsicherung in Höhe von 665 Euro – so viel wie jemand, der überhaupt nie etwas gezahlt hat“, rechnet er vor. „Da ist der Politik das Gefühl für Gerechtigkeit verloren gegangen“, so Erni. „Und die Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik“.